

Vereinbarung nach § 94 Abs. 5 Sozialgesetzbuch – Zwölftes Buch (SGB XII) über die

- a) Rückübertragung eines Unterhaltsanspruchs zur gerichtlichen Geltendmachung
- b) Abtretung des geltend gemachten und festgestellten Unterhaltsanspruchs

Zwischen

Name und Anschrift der Behörde

Aktenzeichen

(nachfolgend Behörde genannt)

und

Frau/Herrn (Familienname, Vorname)

Geburtsdatum

Anschrift (Straße, Haus-Nr., Postleitzahl, Ort)

zugleich handelnd als gesetzlicher Vertreter für
Familienname, Vorname)

Geburtsdatum

(nachfolgend Unterhaltsberechtigter genannt)

prozessbevollmächtigt:

Name, Anschrift

wird folgendes vereinbart:

1. Der Unterhaltsanspruch der/des Unterhaltsberechtigten
gegen

(Familienname, Vorname)

Geburtsdatum

Anschrift (Straße, Haus-Nr., Postleitzahl, Ort)

ist gem. § 94 SGB XII in Höhe der erbrachten Leistungen **für die Zeit, für die Sozialhilfe gewährt wird**, auf die Behörde übergegangen.

2. Die Behörde überträgt diesen übergegangenen Unterhaltsanspruch treuhänderisch zum Zwecke gerichtlicher Geltendmachung auf die/den Unterhaltsberechtigten für die Zeit ab _____
3. Die/Der Unterhaltsberechtigte verpflichtet sich,
 - 3.1 unverzüglich Klage zu erheben, sofern dies noch nicht geschehen ist, und die Behörde durch Übersendung einer Kopie der Klageschrift über die Klageerhebung zu informieren,
 - 3.2 einen Wechsel des Prozessbevollmächtigten der Behörde unverzüglich mitzuteilen
 - 3.3 zu außergerichtlichen unterhaltsrechtlichen Vereinbarungen die vorherige Zustimmung der Behörde einzuholen,
 - 3.4 geleistete Zahlungen auf die abgetretene Forderung ohne Abzüge an die Behörde weiterzuleiten.
4. Für den Fall der späteren Feststellung tritt die/der Unterhaltsberechtigte den geltend gemachten Unterhaltsanspruch bis zur Höhe der gewährten Sozialhilfe an die Behörde ab.
5. Kosten, mit denen die/der Unterhaltsberechtigte in Folge der gerichtlichen Durchsetzung des Unterhaltsanspruchs selbst belastet wird, werden von der Behörde nach § 94 Abs. 5 Satz 2 SGB XII übernommen. Kosten werden **grundsätzlich** nur in dem Rahmen übernommen, der auch durch die Beratungs- und Prozesskostenhilfe abgedeckt wäre.
6. Die Behörde kann sich jederzeit über den Verfahrensstand informieren und die Vereinbarung widerrufen.
7. **Nebenabreden bestehen nicht. Ergänzungen und Änderungen der Vereinbarung bedürfen der Schriftform.**

Ort, Datum

Unterschrift der/des Unterhaltsberechtigten

Unterschrift Behörde